

Geteiltes Leid ist halbes Leid? Elemente einer gemeinsamen Initiative der E3/EU und der USA zur Begrenzung des iranischen Uranprogramms werden erkennbar

von Jun.-Prof. Dr. Sebastian Harnisch und Ruth Linden

Nach der Wahl des konservativen Kandidaten Mohammed Achmadinedjad haben sich die Chancen auf eine kooperative Beendigung des Konflikts um das iranische Atomprogramm merklich verschlechtert. Der Iran hat seit dem 11. August 2005 die Suspendierung der Herstellung von „yellow cake“ aus Natururan und die anschließende Konvertierung von yellow cake in Uranhexafluorid für beendet erklärt. Darüber hinaus erhebt der Iran nach wie vor das Recht auf Anreicherung von UF-6 zu leicht-angereicherterem (und potenziell auch hoch-angereicherterem waffenfähigen) Uran, obwohl er es derzeit nicht ausübt (BBC 2005). Als Reaktion auf die Maßnahmen Teherans hatte der IAEA-Gouverneursrat am 24. September den iranischen Bruch der Pariser Vereinbarung zwischen den E3/EU und dem Iran scharf kritisiert. Eine direkte Überweisung an den UN-Sicherheitsrat wurde aber nicht empfohlen (IAEA 2005), weil sich insbesondere die russische Regierung dagegen aussprach.

Einzelne Elemente einer neuen E3/EU-US-Initiative wurden bereits in den letzten Wochen unter dem Stichwort „russische Lösung“ diskutiert (Dombey/Buckely/Smyth 2005; Moscow Times 2005). Über die ersten konkrete-

ren Bestrebungen berichtete dann am Mittwoch die New York Times (Sanger 2005). Sie sind mittlerweile durch andere Quellen erhärtet worden (CNN 2005, Reuters 2005). Danach zielt die avisierte Initiative darauf ab, den Gesprächsfaden mit dem Iran wieder aufzunehmen und positiv auf die iranische Gesprächsanregung vom Sonntag zu reagieren. Inhalt und Form der Offerte weisen aber auch darauf hin, dass die E3/EU und USA gleichzeitig ihre Position vor der nächsten IAEA-Gouverneursratssitzung am 24. November stärken wollen (Tagesspiegel 2005). Nach gemeinsamer Auffassung der E3/EU und Washingtons soll der Rat im Falle fortgesetzter iranischer Obstruktion einer Überweisung des Konflikts an den UN-Sicherheitsrat zustimmen.

Ein wichtiges Problem des Vorschlags liegt darin, dass Einzelteile frühzeitig bekannt wurden und dadurch dem Verhandlungswillen auf beiden Seiten die Chance genommen wurde, nach Kompromisslösungen zu suchen, ohne dass innenpolitische Kritiker sofort intervenieren. Vor diesem Hintergrund bewertet dieser NV-Brief die Chancen der E3/EU und USA-Initiative und erwägt die möglichen iranischen Reaktionen auf das Angebot. Wenn man die Chancen der Initiative bemisst, dann kann zunächst konstatiert werden, dass sie die Möglichkeiten einer NVV-konformen Lösung des Konflikts tatsächlich verbessern könnte.

Zum einen deckt sich der bisher bekannte Inhalt und die Form des Vorschlags mit Teilen der derzeitigen ira-

nischen Verhandlungsposition. 1) Der Vorschlag wird nicht allein von den E3/EU und den USA getragen, sondern auch maßgeblich von der Russischen Föderation und dem IAEA-Generalsekretär unterstützt, der diesen nach Pressenberichten möglicherweise unterbreiten soll. 2) Der Vorschlag bestreitet nicht grundsätzlich das Recht des Iran auf die Herstellung von yellow cake und Konversion zu UF-6. Er bietet vielmehr mit der gemeinsamen Ausübung des Rechts auf Urananreicherung auf russischem Territorium eine Kompromisslösung für das sehr sensitive Feld der Herstellung von waffenfähigem Material an. Eine ähnlich differenzierte Position hatte zuletzt der iranische Unterhändler Larjani gegenüber der BBC eingenommen (BBC 2005); 3) Der avisierte Vorschlag ermöglicht es auch, dass der Iran sein bisheriges vertragswidriges Verhalten, das Beziehen von Urananreicherungstechnologie aus Nicht-NVV-Staaten (i.e. dem Khan-Netzwerk) einstellen kann (Harnisch 2005) und zu einem vertragskonformen Verhalten, der Nuklearkooperation mit einem NVV-Staat unter der Aufsicht der IAEA, zurückkehren kann. Damit könnte also auch die vom Iran oft beklagte „nukleare Apartheid“ beendet werden, indem ein NVV-Staat aktiv den Iran bei der friedlichen Nutzung der Urantechnologie unterstützt. 4) Schließlich könnte der Vorschlag auch ganz praktisch helfen, die bestehenden technischen Probleme Teherans bei der Produktion von tauglichen Gaszentrifugen und dem Aufbau einer funktionstüchtigen Zentrifugenkaskade zu lösen. Denn erst indem dieser Teil des Brennstoffkreislaufs in bestehende Anlagen auf russischem Territorium ausgeführt wird, erscheint die friedliche Nutzung von LEU in iranischen Atomanlagen zur Energiegewinnung in absehbarer Zeit möglich.

Zum anderen könnten Inhalt und Form des Vorschlags *potentiell* auch einige diplomatische Hemmnisse beseitigen, die im Falle einer Fortsetzung der iranischen Obstruktionspolitik einer Überweisung an den UN-SR entgegenstünden. Erstens bindet der Vorschlag die russische Regierung und die Interessen der russischen Nuklearindustrie an einer Weiterführung der Nuklearkooperation mit dem Iran ein. Politisch betrachtet kann der Vorschlag also darauf hoffen, dass Russland eine härtere Gangart mit stützen würde, wenn Teheran die jetzige Offerte (trotz russischer Beteiligung) ausschlagen sollte (Takeyh/Gvosdev 2005). In die gleiche Richtung zielt die Einbindung bzw. Hvolvierung von IAEA-Generalsekretär ElBaradei. Sollte der Generalsekretär tatsächlich als Emissär der E3/EU, der USA und Russlands einen Vorschlag unterbreiten, der seine bisherigen Vorschläge zur Multilateralisierung des Brennstoffkreislaufs konkretisiert (Müller 2005), dann dürfte der Friedensnobelpreisträger und Garant für die Unabhängigkeit der IAEA in der Irakkrise damit auch die bisher skeptische Haltung einiger blockfreier Staaten verändern können (Reuters 2005). Zweitens zeigen die bisher bekannt gewordenen Elemente des Vorschlags, dass die USA und die E3/EU nach dem Scheitern einer IAEA-Überweisung an den UN-SR im September jetzt auch zu Zugeständnissen im sensiblen nukleartechnischen Bereich bereit sein könnten. Bisher hatten beide die Suspendierung der Herstellung von yellow cake und dessen Konversion in UF-6 als Vorbedingung für weitere Gespräche genannt. Nun ziehen sie offenbar das Zugeständnis in Betracht, der Iran könne auf seinem Territorium diese Produktionsschritte unternehmen, wenn er auf eine nationale Urananreicherungskapazität verzichte. Mit anderen Worten: Nachdem die USA über zwei Jahre die E3/EU-Aktivitäten nur implizit geduldet und dann seit März

2005 explizit unterstützt haben (Harnisch 2005a), ist Washington nun bereit, deutlich mehr diplomatisches Kapital in den E3/EU-Prozess zu investieren. Neben ökonomischen Anreizen stellt es nun auch nukleartechnisch sensible Zugeständnisse in Aussicht stellt.

Nach den harten Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Gruppen in der Bush-Administration über die Iranpolitik (Thränert 2005) deutet diese Positionsveränderung auf zweierlei hin: 1) Dass sich jener Teil der Administration um Außenministerin Rice und Sicherheitsberater Hadley derzeit durchsetzen kann, der eine Verhandlungslösung sucht, weil er ein militärisches Vorgehen für nicht tragfähig hält. 2) Dass die Bush-Administration derzeit eine NVV konforme Konfliktlösung anstrebt, weil sie den Prozess in der IAEA vorantreiben will, ohne den sie offensichtlich kaum Chancen auf eine sanktionsbasierte Politik im UN-SR hätte.

Aus europäischer und deutscher Sicht sind dies gute Nachrichten, denn ohne die feste Einbindung der USA dürfte jede Verhandlungslösung für einen Staat der „Achse des Bösen“ als unannehmbar erscheinen, weil dieser fürchten müsste, dass die USA, wie im Falle des Irak, gegen den erklärten Willen der Mehrheit der Staaten im UN-Sicherheitsrat mit militärischer Gewalt gegen eine potentielle Bedrohung mit Massenvernichtungswaffen vorgehen könnte.

Welche iranischen Reaktionen sind auf diese Offerte, so sie denn tatsächlich zustande kommt, denkbar?

Geht man davon aus, dass die derzeitige iranische Position das Recht auf Urananreicherung nur solange zur Disposition stellt, bis der Gesprächsprozess mit der Staatengemeinschaft wieder aufgenommen ist und damit eine weitere Verurteilung des Iran auf

der Gouverneursratssitzung am 24. November abgewendet werden kann, dann ist damit zu rechnen, dass der Iran eine Antwort entweder verweigern oder erst nach der Ratssitzung bekannt geben wird.

Zwei Gründe sprechen gegen eine solche Vorgehensweise der iranischen Führung. Erstens hat Iran sich die Uranttechnologie weitgehend illegal und an den Vertrags- und Überwachungsmechanismen des NVV vorbei auf dem nuklearen Schwarzmarkt angeeignet. Er versuchte auch seine Anreicherungsexperimente ohne internationale Überwachung durchzuführen. Dieses Verhalten ist auch aus Sicht vieler blockfreier Staaten ein klarer Vertragsverstoß, so dass der Iran eine „Wiedergutmachung“ seines vertragswidrigen Verhaltens durch Kooperation mit einem NVV-Staat kaum ausschlagen kann, ohne diplomatische Kosten zu verursachen. Zweitens beruht das jetzige Verhandlungsangebot auf einer deutlichen Stärkung der russischen Position, die bisher im Gouverneursrat zwischen den Blockfreien und den E3/EU-USA angesiedelt war. Die E3/EU und Washington haben sich mit dem avisierten Vorschlag der russischen Position erheblich angenähert, so dass nun von russischer Seite daran gearbeitet wird, weitere blockfreie Staaten (u.a. Südafrika und China) für die Offerte zu gewinnen (Moscow Times 2005; Reuters 2005).

Geht man davon aus, dass auch die iranische Seite an einer kooperativen Lösung interessiert ist, die auch den Verzicht auf eine nationale Urananreicherungs-kapazität beinhalten könnte, dann müssten sich in den kommenden Tagen zwei Entwicklungen verfestigen: Zum einen, dass neben der revolutionären Rhetorik des Präsidenten Ahmadinedjad gegen Israel und den „moderate Diplomaten“ in der iranischen Haltung klarer die Position des geistigen Führers Khamenei sichtbar wird,

so dass die Regierung mit Verweis auf die höchste Autorität Kompromissfähigkeit zeigen kann, ohne ihr Gesicht zu verlieren. Zum anderen, dass Teheran an seiner kooperativen Haltung gegenüber der IAEA bei der Aufklärung seiner Zentrifugenkapazitäten festhält und innerstaatlich die Voraussetzungen dafür schafft, dass das Land die friedliche Nutzung von Nukleartechnologie gemeinsam mit anderen und auch in diesen Staaten ausüben kann. Nach einem Bericht des iranischen Staatsradios vom 5. November hat die Regierung einen Gesetzentwurf genehmigt, der die ausländische Beteiligung an iranischen Uranreicherungsanlagen ermöglichen soll (NYT 2005). Dieser Entwurf müsste im Falle der avisierten Zusammenarbeit mit Russland (und Südafrika) entsprechend verändert werden, bevor er durch die Abstimmung im Parlament die Regierung auf eine Position festlegt, die mit den derzeitig diskutierten Elementen einer Verhandlungslösung nicht vereinbar ist.

Sollte sich die Initiative also materialisieren und eine positive Reaktion erfolgen, so hängt deren Durchsetzung aber neben vielen politischen Faktoren auch noch von zwei wichtigen nuklearpolitischen Bedingungen ab: Einerseits werden die E3/EU und die USA eine russische Lösung nur akzeptieren, wenn der Iran das IAEA-Zusatzprotokoll ratifiziert und eine lückenlose Überwachung aller suspekten Anlagen zulässt. Zum anderen wird die Staatengemeinschaft darauf dringen, dass der Iran seine Ambitionen bei der Entwicklung eines Plutoniumprogramms fallen lässt. Eine kooperative Lösung könnte also auch weiterhin schnell wieder in schweres Fahrwasser geraten.

Quellen:

BBC News 2005: Interview: Iran's nuclear negotiator, 10 November 2005, http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/4417028.stm [10.11.2005].

CNN.com 2005: U.S., EU 'to approve Iran N-plan', 10 November 2005, http://edition.cnn.com/2005/WORLD/middle_east/11/10/iran.nuclear.ap/index.html [10.11.2005].

Dombey, Daniel/Buckley, Meil/Smyth, Gareth 2005: Russia tries to break impasse with Iran, in: *Financial Times Online*, 25.10. 2005.

IAEA 2005: Implementation of the NPT Safeguards Agreement in the Islamic Republic of Iran, GOV/2005/77, 24 September 2005, <http://www.iaea.org/Publications/Documents/Board/2005-gov2005-77.pdf> [10.11.2005].

Harnisch, Sebastian 2005: Das Proliferationsnetzwerk um A. Q. Khan, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 48(2005), S. 1-8.

Harnisch, Sebastian 2005a: Die Chancen der "Koalition der Verhandlungswilligen" im Iran, Nichtverbreitungsbrief 3/2005, <http://www.politik.uni-trier.de/mitarbeiter/harnisch/pubs/Nichtverbreitungsbrief03-2005.pdf> [10.11.2005].

Moscow Times 2005: Russia, Iran Eye Nuclear Fuel Venture, in: *Moscow Times*, 7.11. 2005.

Müller, Harald 2005: Multilateral Nuclear Fuel-Cycle Arrangements, WMD-Commission paper no. 35, <http://www.wmdcommission.org/> [10.11.2005].

New York Times 2005: Iran Allows U.N. Inspectors Into Military Complex, in: *NYT*, 6.11. 2005.

NTI 2005: Iran Said to Give Military Control of Nuke Program, October 5, 2005,
http://www.nti.org/d_newswire/issues/2005_10_5.html#E8B05769
[06.10.2005].

Reuters AlertNet 2005: EBaradei says hopeful of Iran atomic deal in days, 10 November 2005, [http://www.alertnet.-org/printable.htm?URL=/the news/news desk/L10587618.htm](http://www.alertnet.-org/printable.htm?URL=/the%20news/newsdesk/L10587618.htm) [10.11.2005].

Sanger, David E. 2005: U.S. and Europe to Give Iranians New Atom Offer, in: New York Times, 10 November 2005, <http://www.nytimes.com-/2005/11/10/international/middleeast/10iran.html> [10.11.2005].

Tagesspiegel 2005: Europa schmiedet Koalition gegen Iran, in: Tagesspiegel Online, 20.10. 2005,
<http://archiv.tagesspiegel.de/drucken.php?link=archiv/20.10.2005/2126813.asp> [20.10.2005].

Takeyh, Ray/Gvosdev, Nikolas 2005: Why Rice's Moscow Visit Failed, in: Moscow Times, 20.10. 2005,
<http://www.moscowtimes.ru/stories/2005/10/20/006-print.html>.

Thränert, Oliver 2005: Die Bush-Administration und das iranische Atomprogramm, Papier präsentiert anlässlich der Konferenz "Reading the Transatlantic Divide" der Atlantischen Akademie Rheinland-Pfalz am 11./12.11.2005.